

# Wahlkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Ersteinst jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis bei Haus monatlich 30,- M. Durch die Post monatlich 30,- M. ohne Belegungsgebühr. Verlag: Verlagsdruckerei, Halle, Fernruf 1047 u. 2251. Geschäftszeit 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Spredingzeit 12-1 u. 4-5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 V. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 V. für die Fläche, einschließlich an den dreispaltenigen Textteilen. Anzeigen bis nachmittags 9 Uhr eintreffen, größere tags vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1008 45, Frau Kros, Halle

Einzelpreis 2 Mark

Sonnabend, den 15. Juli 1922

2. Jahrgang, Nr. 163

## Die Mindestforderungen der Arbeiterschaft!

Das Berliner Abkommen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien

Der ADGB und die drei Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, nachstehende Mindestforderungen mit allen Mitteln durchzusetzen. Von diesen Forderungen ist bis heute noch nicht eine erfüllt.

Das Gesetz zum Schutze der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bekämpfung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bekämpfung auch bezüglich der totalen Agitation und Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendeiner verfeindeten, belohnten oder begünstigten.

Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Bekämpfung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten.

Bekämpfung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen.

Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungen, Kassen und Besatzung einseitig der Gewerkschaften und der Reichswehr, vor allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen, Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen.

Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes.

Verbot des Auftragens der chemischen Offiziere.

Unterjagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren.

Einstellung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laien-Berichtern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind.

Übertragung der Aufgabenerhebung an einen vom Reichspräsidenten zu ernennenden republikanischen Reichskommissar.

Schaffung einer Reichsregierung, insbesondere einer Reichsfinanzkommission.

Vorschriften zur Vereinfachung der Verfassung und Anordnung sofortiger Verhältnisse solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen.

Bekämpfung aller Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Bezugsstellen sowie über Einziehung von Beschlagnahme und Beschlagnahme.

Die Geltung aller dieser Gesetze ist zunächst auf zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hieron fordern wir:

Sofortige Annullierung

im Reich und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten, mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes Strafbefehle bezogen haben. Annullierung auch für die aus Anlaß des Ehrenhaftentretens zur Verantwortung Gezoogenen. Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren. Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitteln und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands

verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unserer Forderungen, so bald wie sie dazu anstehen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine feste Einmütigkeit auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Außenpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen

richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchsetzung einzusetzen.

Zur Beschleunigung über die weiteren Maßnahmen und die Wirksamkeit der gesamten Arbeiterschaft sind die beiden Bundesversammlungen des ADGB und des Gewerkschaftsbundes nach für die nächste zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

Leipziger, Graumann.

Allgemeiner Freier Arbeiterbund:

Aufhäuser, Urban, Eichardt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Müller, Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Crippien, Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands:

Meper, Roemen.

## Die Mörder sind entwischt!

Die beiden künftigen Rathenau-Mörder sind endlich entwischt, wenn überhaupt die Berliner Polizei ihnen jemals die Hand an den Hals legen wird. Erst wurde unter großen Theaterdonner „das Gebiet von Gardelegen eingekreist“. Aber die Mörder waren in dem Kessel nicht zu finden. Dann hatte man eine Spur in Thüringen verfolgt. Die wurde aufgeföhrt, aber mit negativem Resultat. Damit ist jede Spur verloren, und die künftige Polizei ist abgelenkt. Nicht nur lassen die Mörder sich im Thüringen, sondern die nötige Ungefährlichkeit konterrevolutionärer Mordtaten ist zur Aufmunterung der östlichen Reichswehrorganisationen wieder einmal festgestellt.

Wird sich die Arbeiterschaft mit einer solchen Polizei weiter zufrieden?

## Mit Hurra, Hurrä, Heißhurrä!

Prinz von Döberitz, Späher von Alexanderplatz, Wubi aus Panlow und Wanne von Tempelhof, — vier berühmte Polizeibeamte unter Führung eines der genialsten Beamten der deutschen Republik, des Hugen Herrn Dr. Reich, Oberregierungsrat im Reichswehrministerium, Vater aller Späher der Westfront in Oberbayern, Herr von Döberitz, ein früherer Schützling der deutschen Republik wie der Herr von Laak, Kriminalkommissar baltisch und Mittelschüler der Dreigeschichte des Herrn Heller, Oberleutnant mit dem Ehrentitel Kreuz, des Herrn von Laak, Kriminalkommissar mit hohen Ehrenabzeichen; vier Hunderte, drei Autos, alle voll von Hund und Kriminalkommissaren, Späher, die Verleumdung, Eitelkeit, Lüstbarkeit, Photographie, Plünderung, Raub, Missetaten, Stehlen, alles was die Polizei fähig ist auf jene zwei Kerle, die — so wie es Herr Reich glaubt machen — nach Paderborn oder Gardelegen oder auch dem Harz, oder auch Westfalen, oder auch Schwaben, oder auch Ungarn entkommen sind, nachdem sie Rathenau erschossen haben.

Herr Reich, der noch nie einen Monarchisten gefangen hat, liebt Rathenau. Der Reichow ist von seinem eigenen Dintel herangezogen worden (1. Million Mark ist selbst für ein demagogisches Gemüt ein ganz hübscher Betrag). Herr Reich füllt die Zeitungen eine Woche lang mit Berichten über die Verdienste des Herrn Reich und seiner Leute. Jedoch wird gefangen genommen. Das Mörderband wird aus gefangen genommen und demnach noch dem Gesetz zum Schutze der Republik vor den Staatsgerichtshof gestellt und zu 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt wird (falls ihm, dem christlichen Kato, nicht patriotische Gefühnne zugewandt wird und also nur fünfzigtausend Mark Strafe zugewandt wird). Die beiden anderen, diejenigen, die den Rathenau abgeschossen haben, entkommen selbstverständlich. Herr Reich füllt wieder alle Zeitungen; die Mörder hat er zwar nicht gefangen, wohl aber die Generalstabstelle und ihren Appetit: er erzählt lang und

breit, wie er bei dem und dem ein Abendessen eingenommen und ein Glas Wein getrunken. Wie in uniformierten Kreisen verlaucht, wird auch die Generalstabstelle wegen Verstoße vor Nicht vor den Staatsgerichtshof gestellt werden; jedoch besteht in monarchistischen Kreisen die Hoffnung, daß sie freigesprochen wird, weil sie nicht gemüht hat, zu welchem Zweck sie benutzt werden soll, nämlich um Herrn Reich Stoff zur Felleine für sich selbst zu geben. Der Appetit hingegen, soll nicht angefaßt werden, und zwar solange nicht, bis man die Mörder selbst gefangen hat, mit denen zusammen er unter Beachtung der Tateinheit abgerichtet werden soll. Freilich ist die Aussicht, die Mörder zu bekommen, heute bereits geringer, weil erstens der heile Polizeibund der Verteilung la, Ragow vom Kamp-Platz, infolge anderweitiger dringender Beschäftigung, nicht hat zur Verfügung mit angefaßt werden können, und weil zweitens weder in Mainz noch Bayern die künftigen Mörder, die auf dem Meer über Gardelegen, Paderborn, Schwaben und Genthin in diesem Schloßraum nach Münden gefahren sind, ausfinden wollen, weil sie infolge der idealistischen Beschaffenheit der Rasse der beiden feinen rechten Anlaß dazu sehen.

Wie es in einigen eingeweihten Kreisen heißt, will Herr Reich von der Abteilung sich zur Gründung einer Stiftung in Empfehlung bringen, während Weismann damit nicht einverstanden ist und glaubt, es käme höchstens das Innenministerium in Betracht.

## Proletarische Einheitsfront in Düsseldorf

Düsseldorf, 14. Juli. Die in der Sitzung vom 13. Juli vertretenen und unterzeichneten Korporationen verpflichten sich, im Sinne des Mindestprogramms der Spitzenverbände weiter zu arbeiten. Die Forderungen dieses Mindestprogramms sind:

Die Durchführung dieses Mindestprogramms erfordert die geschlossenen Kräfte der Arbeiterklasse und die Unterzeichneten erheben die Spitzenverbände erneut, eine gemeinsame Plattform zu bilden. Abweichungen vom Programm der Spitzenverbände sollen ohne vorherige Verständigung unterlassen werden. Die Agitation in Presse, Verlesungen und Flugblättern soll, wie die Polemik vom Geiste des Vertrauens und Willen zur Verständigung getragen sein. Es wird eine Kontrollkommission gebildet, bestehend aus je einem Vertreter der Parteiführer der SPD, USPD, und KPD, den Redaktionen der „Vollstreckung“, „Freien Presse“ und „Freiheit“, des Gewerkschaftsvereins, der Betriebsrätezentrale, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Fabrikbesitzers und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese Kontrollkommission hat eine Zentralstelle zu bestimmen, jedoch nur die Aufgabe, alle geeigneten Maßnahmen zur Durchführung der Forderungen der Spitzenverbände zu ergreifen. gez.: Generalsekretariat, Betriebsrätezentrale, Raund, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Parteileitung der USPD, KPD, SPD, Düsseldorf.

## Um neue Ministerfessel

Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD. und USPD.

Die bürgerlichen Parteien schweifen sich gegen die Arbeiterforderungen immer mehr in der Zeit zu der bekannten „einigen realistischen Maximen“ zusammen. Auf das Verlangen der Gewerkschaften zur Durchführung des Berliner Abkommens antworten sie mit geschwollenen Redensarten und wehren gegen die Arbeiterregierung. Die Szene hat sich immer gewandelt. Der Reichstag hat nicht mehr ein Infanterieklub aus, wie es kurz nach der Ermordung Rathenaus den Anschein hatte. Es heißt nicht mehr: Der Feind heißt rechts!, sondern in einheitlichem Chor heißt das gesamte Bürgertum Drohungen gegen die Linksparteien aus. Sie alle, bis zu den Demokraten, stehen zusammen und wollen keinen Angriff auf den monarchistischen Teil ihrer Clique dulden. Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, gebietet die sozialdemokratischen Koalitionsgenossen an.

Bis hierher und nicht weiter!

freilich das Parteibild des Reichstages Wirth — nicht etwa gegen die Monarchisten, sondern gegen die Sozialdemokraten.

Die „Germania“ schreibt:

„Jedes kann es eine nicht gleichgültig sein, in welchem Ausmaße die Sozialdemokratie ihre auf diese Weise stehende gemeinsame „Aufsicht“ den anderen Koalitionsparteien aufzwingen will. Das ist eine Sache, die uns angeht, und zwar bezieht sie den Kern der Koalitionspolitik. Wenn eine Partei plötzlich eine Fülle voll Forderungen auf den Verhandlungstisch wirft und den übrigen Parteien tuerbernd zumutet, sie zu schinden, dann ist es mit der Politik der Verständigung aus.“

Und die „Tägliche Rundschau“, das Blatt zwischen Eintracht und Helfert:

„Wichtigsten gehen jetzt den Herren Marx und Petersen doch die Augen darüber auf, daß die Stunde vor allem eine gemeinschaftliche Interessenvertretung des Bürgertums verlangt, anstatt daß sie darüber nachdenken, wo man mitten durch das Bürgertum eine Spalte zwischen brauen und angefaßt bösen Deutschen aufreißt. Möge man sich lieber darüber klar werden, daß alle Koalitionsteile nicht ausreicht, um den tiefen geistigen und realpolitischen Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Gesellschaft zu überbrücken.“

In diesen Worten kommt das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie in klarer, unabweisbarer Form zum Ausdruck. Am lo befähigend ist das Verhalten der beiden sozialistischen Parteien, die immerhin noch den wesentlichen Teil der deutschen Arbeiterschaft vertreten. SPD. und USPD-Fraktion sind und auch gegenüber den andauernden Forderungen ihrer eigenen Anhänger im Lande um Durchführung des Berliner Abkommens, auf Abschließung des neuen Sozialistengesetzes, auf Auflösung des Reichstages, auf Proklamierung des Generalstreiks, um der monarchistischen Mörderbande endgültig den Mund zu stopfen und ihre Wutgaben abzubauen.

Keine Forderung des Berliner Abkommens ist bis jetzt erfüllt!

Und doch haben die sozialistischen Parteien etwas getan!

Die Unabhängigen und Rechtssozialisten haben sich im Reichstag zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen, die den Namen Arbeitsgemeinschaft trägt. Dieser Beschluß ist, wie der „Borwärts“ meldet, bei der SPD. einstimmig, bei der USPD. mit Mehrheit erfolgt.

Was bedeutet diese Arbeitsgemeinschaft? Bedeutet sie die endliche Aufnahme des Kampfes, den die Arbeiter aller Parteien aus allen Gauen des Reiches förmlich verlangen? Ist es ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur kämpfenden Einheitsfront? Nein, es dreht sich um ganz andere Dinge! Die Ziele des Proletariates lassen sich durch noch so schöne Kombinationen und Mischungen im parlamentarischen Wahlsysteme nicht durchsetzen. Die Reaktion kann nur niedergeboren werden durch Einziehung der wirklichen proletarischen Macht. An die Arbeiterschaft aber appellieren die Sozialdemokraten nicht. Die Proleten haben höchstens zu pompösen Paraden aufzumarschieren, im übrigen aber stille zu sein und das Gefäßhalten den großen Parlamentarier zu überlassen. Der ganze Trick der Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD. und USPD-Fraktion ist deshalb nichts als eine Gaunerei zur Erreichung von Ministerfesseln. Hat doch erst kürzlich eine demokratische Zeitung den Unabhängigen den Rat gegeben, sie sollten sich sofort mit der SPD. verständigen, dann wäre ja die Regierungsbildung besichert und die Silberling und Reichsheil Wänter als richtiggehende Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten. Diesen Rat des schlaunen Bürgerfesseln haben die sozialistischen Parteien nun befolgt, wohl freilich zugunsten ist, daß die Unabhängigen den Rechtssozialisten jetzt langsam schon lo ähnlich sehen, wie das Zielbewußtsein dem Ziel mündigen. Interessant ist, daß jetzt Scheidemann in einem Brief an „Borwärts“ sich als einen der Realisten in der neueren SPD. gebärdet, der für die Auflösung des Reichstages oder die völlige Erfüllung der Arbeiterforderungen eintritt. Der „Borwärts“ meint beiseitendeweise dazu, dieser Artikel ist jetzt durch die Verlesung überholt. Jetzt ist also die Reichstagsauflösung nicht mehr nötig.

Hält die Arbeiterschaft auf die neue Verlesungstaktik der sozialistischen Parteien herein, dann ist die der Reaktion ohne Gnade aus Meiler gesteuert. Auf den getrennt von uns veröffentlichten offenen Brief der Kommunistischen Partei hat bis jetzt weder die USPD, noch die SPD-Bresse mit einem Sternwort geantwortet. Um so notwendiger ist es, daß die Antwort von der breiten Masse der Arbeiterschaft erteilt wird.

### Eine neue Provokation der reaktionären Junker

Berlin, 14. Juli. (Z.M.) 23. Annahme des Gesetzesentwurfes erlöst der Reichstag am 14. Juli die erste Sitzung, die nach seiner Verlesung die Durchführung des Unzulagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein werde, folgen, für die nicht die Bundesrat, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden müßte.

Trotzdem alle Anträge der Arbeiterparteien im Reichstag abgelehnt worden sind, trotzdem nur die gewaltig verlesene Regierungsvorlesung angenommen wurde und den Junker ein Gesetzgebungsrecht für den ersten Arbeitstagteil bewilligt wurde und noch höhere Preise im Ausland gestellt werden, trotz all dieser Tatsachen warnen die Reichstagsparteien und die Regierung vor der Durchführung dieser Beschlüsse und verurteilen neuerlich durch seine Drohungen die Regierung einschüchtern. Diese Warnung kann von der Arbeiterschaft nicht anders als eine neue Provokation von Seiten der reaktionären Junker aufgefaßt werden. Sie zeigt aber deutlich, daß die Kommunisten, die USPD und SPD den Junker gemacht haben, nicht nützen, sondern daß das Parlament, wenn es seine Existenz sichern will, nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den energischen und entschlossenen Kampf gegen die Reaktion aufnehmen muß. Die Arbeiterschaft wird eine Sabotage der Lebensmittelpflichtverpflichtung durch die reaktionären Junker nicht dulden.

### Regierungskrise in Braunschweig

Die Kommunisten und Unabhängigen haben im Braunschweiger Bund der Minister Käser, Mitglied der Deutschen Volkspartei, wegen seiner Zugehörigkeit zu der deutschen öffentlichen Organisation „Stahlhelm“ scharf angegriffen. Die Braunschweiger Koalitionserregierung hat die Maßnahmen gegen die Reaktion abgelehnt, was bei ihrer innigen Verknüpfung mit der Regierung durch die Person des Staatsministers kein Wunder ist.

Die Demokraten ergreifen im Bundtag natürlich die Partei des Stahlhelms. Dieser erklärte jedoch förmlich, um die Annahme eines unabhängigen Koalitionsovertens zu verhindern, daß er im Einverständnis mit seiner Regierung freiwillig sein Amt niederlege. Damit ist in Braunschweig die Regierungskrise ausgebrochen, denn mit dem Minister ist zugleich die Deutsche Volkspartei aus der Koalition ausgeschieden.

Die Volkspartei führt sich in Braunschweig, seit die sozialistische Regierung die Kräfte gewonnen ist, als Herrin der Lage. Sie will im Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien der SPD ihre Behauptungen aufbringen, vielleicht auf eine rein bürgerliche Regierung bilden. Der Stahlhelm existiert weiter. Das sind die Früchte der Koalitionspolitik. Die Mehrheit der Arbeiterparteien im Bundtag ist ohnmächtig, solange ein Teil von ihnen durch die Koalition an die Bourgeoisie gefesselt ist. Die Arbeiter können mit der Reaktion nur aufkommen, wenn die Organisationen zwingen, ihre ganze Kraft gegen die Bourgeoisie einzusetzen.

### Beutnant Krull, Mitglied der Organisation C, freigelassen!

Zwei Tage nach der Ermordung Rathenaus wurde in Hamburg der Wähler Hela Vuremborg, Beutnant Krull, unter dem dritten Namen W. H. H. in die Liste der Kandidaten in der Wahlversammlung aufgenommen zu haben, verurteilt. Krull wurde nach Berlin überführt und, wie wir jetzt zuverlässig erfahren, bereits am 2. Juli von Beamten der Abteilung Ia wieder freigelassen. Der Wähler Hela Vuremborg begab sich sofort nach Eberfeld, um dort mit seinen Kameraden von der Wählerzentrale zusammenzutreffen, um die Organisation C, die Belegung eines Beutnants Weimer, Mitglied der Organisation C, und Verbindungsmann zwischen München und Wilhelm (Haus Doorn) gehen. Der Wähler befindet sich seit Dienstag nachmittags in Berlin.

Die Freilassung Krulls kam neben der Kapitänleutnants Kallinger und anderer Mitglieder der Organisation C nicht überaus überraschend. Die Regierung hat zu keiner Stunde an einen ernstlichen Kampf gegen die Vorkriegsorganisationen gedacht. Um die Öffentlichkeit und besonders die Arbeiterschaft zu täuschen, läßt sie sich falsche Zeitungen in die Hände zu bringen veranlassen. Weder hat Rathenau's Wähler gefaßt, noch den verurteilten und offenen Vorkriegsmännern auch nur ein Haar zugefügt. Die Arbeiterschaft aber kann nicht länger untätig bleiben. Sie wird es durchsetzen, daß durch ein eindeutiges Schlichtungs- und Wählerechts das Handwerk gelegt wird.

### Attentat auf einen kommunistischen Abgeordneten

In Kassel wurde der Genosse Wenzel von den beiden Schutzleuten Nr. 33 und 42 nachts überfallen, misshandelt und seines Geldes beraubt, auf die Polizeiwache gestripelt und dort unter Beilegen des Oberwachmeisters Steinmüller weiter misshandelt. Erst das Erscheinen des Polizeikommissars machte dem unangehörigen Vorkriegsmann ein Ende. Der Polizeiarzt stellte erhebliche Verletzungen fest. Die Namen der Schutzleute, die an dem Verbrechen teilgenommen hatten, sind noch nicht bekannt. Der Schutzmann Lange bemerkt noch, es müsse dem Genossen Wenzel doch bekannt sein, daß die „Zusammenkünfte der Abgeordneten auf drei Monate aufgehoben (1)“ ist.

Bei Zurückgabe der Briefkiste stellte Genosse Wenzel ferner fest, daß an dem Gelde 600 M. fehlten. Die Vorgänge beweisen, wie in Westfalen die Atmosphäre durch die nationalstaatlichen Hegeaktionen geworden ist. Der zukünftige Innenminister Sickingen, der von unserem Bundesrat, der Volksmacht, wieder aus der reaktionären Geist der Reichstags-Schupo eingeweiht worden ist, sich aber bisher nicht bewegen hätte, einzugreifen, ist — Sozialdemokrat!

### Auflösung der Stahlhelmorganisation

Berlin, 14. Juli. Der preussische Minister des Innern, Geering, hat folgende Verfügung erlassen: Nachdem der Oberpräsident von Sachsen am 2. Juni 1922 die Bundesleitung, die Gauleitung sowie die Ortsgruppen in der Provinz Sachsen der Organisation „Stahlhelm“ durch die Reichsleitung aufgelöst hat, ist die Organisation in der Provinz Sachsen am 2. Juni 1922 förmlich aufgelöst worden. Die Ortsgruppen dieser Organisation sind aufgelöst, Orts- und Bezirksgruppen dieser Organisation hienzu aufgegeben, Geering.

Bisher sind demnach für das preussische Staatsgebiet die folgenden Organisationen aufgelöst worden: Verband nationaler Soldaten, Bund der Arbeiter, Deutschen, Deutschen Arbeiter und Zugsleute, der Stahlhelm.

### Vorkäufiger Erfolg der Bergarbeiter

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bergarbeiterbewegung hat mit einem vorkäufigen Erfolg die Arbeiter erobert, und zwar in der Frage des Gehaltensystems, des Mindestlohnes und der Vorrückung des Lohnabstufungssystems. Seitdem die Arbeiter mit den vorkäufigen Beschlüssen der regionalistischen Minister Schmidt befreit und sich nicht auf die Wirkung ihrer Streikbewegung verlassen, so hätten sie auch diesen Erfolg nicht erlangt.

### Die Bergarbeiter stimmen dem Verhandlungsergebnis zu

Erfen, 14. Juli. Die am 14. Juli in Bochum stattgefundene Reichstagskonferenz der freien Gewerkschaften des Ruhrbergbaus hat mit großer Mehrheit dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Die anschließende Abstimmung über den in Frage stehenden nicht eingetragenen, der Konflikt ist zunächst vermieden.

### Mordanschlag auf Poincaré

Paris, 14. Juli. Bei der Mitternacht von der Parade, die anlässlich des französischen Nationalfeiertages heute stattfand, gab ein Anarchist auf dem neuen Polizeiposten von Paris, Poincaré, drei Revolvergeschosse ab. Poincaré blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet; er hat eingestanden, daß es beabsichtigt war, den Ministerpräsidenten Poincaré zu töten. Die Mordanschläge der bürgerlichen Presse über das Attentat wiederholen sich. Andere Blätter melden einen Anschlag auf den Präsidenten Millerand.

### Die Einheitsfront der Reaktion

Ende Juni fand in Wiesbaden (Westfalen) eine Tagung der reaktionären Verbände Reichsbundes statt; außer den Geheimorganisationen: „Die Brüder vom Stein“, „Albernes Schild“, „Conlu“, „Deutscher Ring“ nahmen noch folgende Verbände daran teil: Wirtschaftsbund-Rhein, Wirtschaftsbund Hesse-Nassau, Völkerverbund, Notung, Seimabund, Jungarbeiterbund und Westfälischer Jungarbeiterbund, Bund Heimwehr, Gewerkschaftsbund (Eigene), Wirtschaftsbund, Nationalverband deutscher Offiziere, Deutsch-Orden, Nationalverband deutscher Soldaten, Verband nationaler Soldaten.

Die Tagung bewachte eine Zentralfestsetzung aller Verbände Reichsbundes. Zu diesen Zweck wurden folgende vier Beschlüsse gefaßt:

1. Die in Wiesbaden vertretenen Verbände hatten strengste Durchführung des Burgfriedens, vor allem das Unterlassen aller Angriffe jeder Art für unbedingt erforderlich.

(Es bestanden Differenzen zwischen den Verbänden mit offiziell antieinheitslicher Tendenz und solchen, die diese Tendenz nicht offiziell zum Ausdruck bringen.)

2. Die Verbände verpflichteten sich grundsätzlich, alle bestehenden „Reinigungsarbeiten“ sich alle zwei Monate einmal um die Durchführung des Burgfriedens im einzelnen zu kümmern und die gemeinsamen nationalen Aufgaben zu fördern.

3. Die Veranlassung hält es für erforderlich, daß die vertretenen Verbände an allen Orten sofort lokale „Arbeitsgemeinschaften der verbandsfremden Verbände“ in die Wege leiten.

4. Die Veranlassung hält es für erforderlich, daß die vertretenen Verbände an allen Orten sofort lokale „Arbeitsgemeinschaften der verbandsfremden Verbände“ in die Wege leiten.

5. Ferner wurde beschlossen, die nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen. Ferner beabsichtigt man unabhängig von den Zentralen Berlin und München einen Bundeskongress zu veranstalten, der nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen. Ferner beabsichtigt man unabhängig von den Zentralen Berlin und München einen Bundeskongress zu veranstalten, der nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen.

Die Tagung bewachte eine Zentralfestsetzung aller Verbände Reichsbundes Ein und Stimme haben. Die Aufgaben seien infolge der Bestimmung in der Verfassung des Reiches, die durch den Artikel 15 in der Reichsverfassung, die infolge der Zugehörigkeit zu einer Organisation entstanden sind oder entstehen, durch Schlichtungsgerichte zu lösen.

(Folgte die Beschlüssen über Zusammenlegung der Schlichtungsgerichte.)

6. Die Verbände verpflichteten sich, daß die Seiten der weltlichen „Reinigungsarbeiten“ sich alle zwei Monate einmal um die Durchführung des Burgfriedens im einzelnen zu kümmern und die gemeinsamen nationalen Aufgaben zu fördern.

7. Die Veranlassung hält es für erforderlich, daß die vertretenen Verbände an allen Orten sofort lokale „Arbeitsgemeinschaften der verbandsfremden Verbände“ in die Wege leiten.

8. Ferner wurde beschlossen, die nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen. Ferner beabsichtigt man unabhängig von den Zentralen Berlin und München einen Bundeskongress zu veranstalten, der nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen.

Die Tagung bewachte eine Zentralfestsetzung aller Verbände Reichsbundes Ein und Stimme haben. Die Aufgaben seien infolge der Bestimmung in der Verfassung des Reiches, die durch den Artikel 15 in der Reichsverfassung, die infolge der Zugehörigkeit zu einer Organisation entstanden sind oder entstehen, durch Schlichtungsgerichte zu lösen.

(Folgte die Beschlüssen über Zusammenlegung der Schlichtungsgerichte.)

9. Die Verbände verpflichteten sich, daß die Seiten der weltlichen „Reinigungsarbeiten“ sich alle zwei Monate einmal um die Durchführung des Burgfriedens im einzelnen zu kümmern und die gemeinsamen nationalen Aufgaben zu fördern.

10. Die Veranlassung hält es für erforderlich, daß die vertretenen Verbände an allen Orten sofort lokale „Arbeitsgemeinschaften der verbandsfremden Verbände“ in die Wege leiten.

11. Ferner wurde beschlossen, die nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen. Ferner beabsichtigt man unabhängig von den Zentralen Berlin und München einen Bundeskongress zu veranstalten, der nächste Tagung spätestens bis 17. August 1922 einzuberufen und dazu alle Verbände, die am 17. Juni verhindert waren, einzuladen.

Die Tagung bewachte eine Zentralfestsetzung aller Verbände Reichsbundes Ein und Stimme haben. Die Aufgaben seien infolge der Bestimmung in der Verfassung des Reiches, die durch den Artikel 15 in der Reichsverfassung, die infolge der Zugehörigkeit zu einer Organisation entstanden sind oder entstehen, durch Schlichtungsgerichte zu lösen.

(Folgte die Beschlüssen über Zusammenlegung der Schlichtungsgerichte.)

### Daslo der Haager Konferenz

Die Genau-Konferenz sollte nach der Meinung ihrer Einberufer eine Lösung der europäischen Krise bringen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dort die russische Frage, und Squad daran, daß die Konferenz absolut kein greifbares Resultat für die Einberufer brachte, gab man ihrer Zwecklosigkeit, sowie dem Umstand, daß die Haager Konferenz, gedacht als unmittelbare Fortsetzung der Genau-Konferenz, fand, somit wie möglich, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Sie war überdies eine sogenannte Wirtschaftskonferenz, d. h. diejenige Fragen, die manche Leute politische zu nennen pflegen, waren ausgeschlossen oder sollten ausgeschlossen sein. Man unterhandelte wiederum mit Russland — und man stellte wirtschaftliche Forderungen, die in Wirklichkeit eminent politische Forderungen sind.

Die Konferenz geht, wie vorauszu sehen, ergebnislos zu Ende. Denn wenn die Vertreter der siegreichen Regierungen geklagelt hatten, sie würden unter dem Deckmantel von Wirtschaftsverhandlungen in Wirklichkeit eine Veränderung der sozialen Machtverhältnisse in Russland herbeiführen können, und das war ja eigentliches Ziel, so haben sie sich gründlich geirrt.

Im Genau verhandelt sie noch, die Frage des Privatigentums „prinzipiell zu lösen. Schon hier lassen sie ein, daß Comité-Russland in diesem Punkte nur „schiebig bleiben wird. Sie stellen dann die russische Frage, nur enger umfassen: Honorar Russland irgendwelche Kredite von den kapitalistischen Regierungen zugesichert erhalten könnte, müßte es erstens seine Vorkriegsschulden anerkennen und zweitens den früheren ausländischen Besitzern ihr nationales Privatigentum zurückzahlen. Was die Vorkriegsschulden betrifft, so lehnte Russland eine generelle Anerkennung selbstverständlich ab, war aber zu einem Entgegenkommen insofern bereit, als es eine Wiederstattung in bestimmtem Umfange unter Voraussetzung einer gegenseitigen Aufrechnung des angelegerten Schadens und unter der Bedingung der unumwundenen de-jure-Anerkennung in Aussicht stellte, falls überdies der Zahlungstermin vernünftig, das heißt in einige Jahre gelegt würde und die Zahlungsmöglichkeiten durch hinreichende Wertentrisse geschaffen würden. Dagegen müßte die ausländischen „Besitzer“ selbstverständlich nur über die russischen „Wirtschaftlichen“ Forderungen. Das Resultat ist daselbst geblieben: die siegreichen Regierungen blieben bei ihren Ansprüchen, die Sowjetregierung bei ihrer kategorischen Antwort.

Die Konferenz endete also ohne Resultat, und es ist die Frage zu stellen, wie das weitere Verhältnis der Großmächte zu Russland sich gestalten wird.

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich ins Gedächtnis rufen, was eigentlich der Inhalt der beiden Konferenzen war. Die Nachkriegsfrage, die eine „Reparationskrise“ ist, zwang die Großmächte, nachdem die politische Niedrigung Russlands ermöglicht war, sich zu der Sowjetrepublik nicht nur in ein politisches, sondern auch in ein wirtschaftliches Verhältnis zu kommen. Gleichzeitig war es Absicht der englischen Regierung, die deutsche Frage mit zu „lösen“; die deutsche Wirtschaftskonturen sollte abgeleitet werden, selbstverständlich unter Aufsicht des englischen Kapitals, in einer Art von Konföderation.

Für Russland war (und ist) die Frage der Auslandskredite und der geregelten wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland eine Frage von kapitaler Wichtigkeit. Schon ist nun russischer Seite immer wieder, und mit Recht, betont worden, daß Russland nicht mehr Zeit hat, als etwa Westeuropa.

Nach dem Scheitern der Haager Konferenz wird es sich sehr schnell herausstellen, daß dieser Satz absolut richtig ist. Denn wenn es den Großmächten nicht gelungen ist, zu einem Kollektiv-Verhältnis mit Russland zu kommen, so wird jetzt jeder einzelne der Industrienationen bestrebt sein, auf diese oder jene Art Beziehungen zu Russland anzuknüpfen. Dadurch wird die an und für sich für das kapitalistische System unerträgliche Anarchie der Wirtschaftsverhältnisse in Europa rapide gesteigert werden. Nicht nur, daß das an sich schon sehr geladene Verhältnis der siegreichen Mächte an der Frage Russland noch mehr geladert werden wird; mit viel größerer Dringlichkeit wird sich jetzt für Frankreich, England, Italien, Belgien die allgemeine Reparationsfrage und damit die deutsche Frage auf die Tagesordnung stellen müssen. Die Forderung eines Moratoriums durch die deutsche Regierung rief all die Fragen mit erneuter Schärfe auf, die seit Genewa ein wenig in den Hintergrund geschoben zu sein schienen. Die Antwort der Reparationskommission, welche die Quittur schon für den 15. verlangt, zeigt, daß ein Moratorium, das für die deutsche Finanzfrage irgendwelchen Erfolg versprechen würde, nicht in Betracht kommen wird. Mit der deutschen Frage, die keine Finanzfrage ist, sondern eine soziale Krise, ist eng verbunden die englische Krise; mit der englischen Krise, die sich außenpolitisch auswirkt, ist verbunden die härtere Reibung der englischen und französischen Interessen. Mit der — offenen oder latenten — Spannung zwischen England und Frankreich ist verbunden nicht nur die Unsicherheit des europäischen „Gleichgewichts“, das seit 1914 nicht existiert, sondern es schließen sich hieran all die schwierigen Fragen, die man zwar immer wieder für einige Wochen in den Hintergrund schieben kann, die aber nicht nur nicht aus der Welt geschafft werden, sondern sich jedesmal, wenn sie wieder auftauchen, mit erneuter Heftigkeit stellen: die Orientfrage, die Frage des Verhältnis zum Amerika zu alten Welt, und damit der Komplex jener Fragen, die wir zusammenfassend nennen: die Weltwirtschaftskrise.

Man kann schon jetzt voraussetzen, daß der Haager Konferenz andere Konferenzen folgen werden, auf denen dieselben Verände mit denselben untauglichen Mitteln unternommen werden. Inzwischen entwickelt sich die Krise immer weiter, und der äußere Infiltration einer Absehung ist nichts als eine wachsende Fülle. Vergleitet man die Ansichten der einzelnen Mächte, so kann man mit aller Sicherheit schon heute prognostizieren: zu weitgehenden Konzessionen werden sich alle Großmächte, mit Ausnahme Russlands, bequemen müssen. Zeit hat nur Russland. Diese Zeit nutzt es aus. Die Einheitsfront, die es schließen wird, werden die Gesamtheit der Großmächte vor Konzessionen bei einem Kollektivvertrag treffen. Das Daslo der Haager Konferenz schadet den anderen, nur nicht Russland.

Die Reichswehr ist gefäubert!

Für die Reichswehr besteht bekanntlich ein Verbot der Teilnahme an Kämpfen. Ein Verbot dieser Art ist vor einiger Zeit Reichswehrruppen bei der Herstellung des dritten Teiles des Films „Friederichs Weg“ im Lager in Jüterbog verstoßen. Die zwei Kommandanten der beteiligten Truppen sind deshalb zur Verantwortung gezogen und, wie die B. Z. erfahren, nunmehr ihres Amtes enthoben worden.

Kann man noch mehr verlangen? Bleibt fern dem Film und Ihr werdet gute Republikaner sein!

Grabenkattrophe in Schottland

London, 14. Juli. Bei einer Grubenabsturzgefahr in einem Kohlenbergwerk in Gilling wurden 12 Bergleute getötet, 5 verunndet.



# Arbeiter-Solidarität

Von A. C. u. d. Moskau

Unter den ausländischen Organisationen, die der russischen Sommerregierung in dem ferner Kampf gegen den Hunger beistehen, ist es vor allem das Internationale Arbeiterhilfskomitee, das sich der besonderen Sympathie des russischen Volkes erfreut. Die Regierung der Arbeiter und Bauern des russischen Volkes, beifolgt, die Hand der ausländischen Arbeiter und Bauern zu kräftigen, die ihr Wert der Solidarität vollbringen.

Die „Arbeiterhilfe“ hat uns nach Russland große Lebensmitteltransporte geschickt; in vielen Orten hat sie ihre eigenen Kassen, und in den Südländern und Dörfern arbeiten ihre Mitarbeiter sehr fleißig. Hier hört ihre Verwandtschaft mit der Hilfe der Bourgeoisie auf und fängt der Unterschied an, welcher für die russische Volk einen sehr hohen Wert hat. Dieser Unterschied besteht vor allem darin, daß die Arbeit des I.A.H. streng unparteiisch ist. Ohne irgendwelche Klammern, ohne irgendwelchen Vorrang, ohne irgendwelche Ansprüche zu erheben.

Selbstverständlich ist auch die Arbeit der I.A.H. für uns von sehr großer Wichtigkeit. Aber man kann auch nicht umhin, festzustellen, daß diese Hilfe für uns mit sehr vielen Sorgen und Ausgaben verbunden ist. Die Arbeiterhilfe wirkt bei uns, ohne irgendwelche von unseren Angehörigen für sie zu benötigen. Die Nahrungsmitteleinrichtungen sind weitestgehend von denjenigen der Amerikaner. Die I.A.H. verteilt nur Pakete, die der Jogh der Kolonien nach nur als Zufuhrmaßnahme dienen könnten, aber nicht zur Ernährung eines Menschen genügen. Die Arbeiter aber ernähren einen Menschen ganz. Ihre Pakete sind lohnhaft, daß sie zum Lebensunterhalt eines Menschen vollkommen genügen.

Aber nicht nur darin besteht der Wert der Arbeiterhilfe. Sie gewinnt die Sympathie des russischen Volkes hauptsächlich wegen ihrer großen Weisheit. Der Schrecken des Hungers liegt in seiner Zerkünderkraft. Dort, wo er gehaft hat, geht alles zugrunde, nicht nur die Menschen, auch ihre ganze Lebensordnung. Die Felder werden vernachlässigt, die Wirtschaften zerstört, jeglicher Betrieb unterbrochen, das Vieh vermisst. Ein nackter Mensch bleibt auf der nackten Erde.

Wieder auf die Beine kommen, sich wieder erholen, kann ohne Hilfe ein solcher Mensch nicht. Er benötigt der Unterstützung von Freunden. Auf diese Seite hat unsere Regierung eine sehr ernste Aufmerksamkeit gelenkt, und eine ganze Reihe von entsprechenden Maßnahmen wurden schon getroffen.

Aber auch die Regierung muß unterstützt werden. Mit solcher Unterstützung ist für die Arbeiterhilfe entgegenzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterhilfe führen in den Orten eine sogenannte Betriebspropaganda und diese Propaganda wird nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zum Ausdruck gebracht.

Es werden landwirtschaftliche Werkzeuge gelandt, Erwerbsgenossenschaften organisiert, verschiedene Werkstätten eingerichtet, die verschiedenen Handwerke gelehrt mit dem Resultat: der Bevölkerung wird Mut eingeblasen, ihr durch das große Elend gedrückter Geist wieder emporgerichtet.

Solche Hilfe, solche Arbeit, die nichts von irgendwelchem Spiel der bürgerlichen Wohlthätigkeit an sich hat, weiß das russische Volk zu schätzen. Die große Anerkennung für die ausländischen Arbeiterhilfe ist durch eine ganze Reihe von dokumentarischen Beweisen bezeugt. Ein solches Zeugnis wurde auf dem neunten Allrussischen Kongress von dem Vorsitzenden desselben, Genossen Kalinin, offiziell niedergelegt.

Er hat den ausländischen Arbeitern den russischen Dank ausgedrückt. Und ich brauche mit dem größten Vergnügen diesen „Dank“ nach Berlin mit, von hier aus wird es besser zu hören sein.

## Kulturshande in Oberschlesien

Die Genossen Stoeder und Koenen zeigten im Reichstage folgende Anträge ein:

„In der Reichsregierung das unerbötliche verbrecherische Treiben des sogenannten Selbstschusses in Oberschlesien bekannt? Ist es besonders davon unterrichtet, daß in der Nacht vom 6. zum 8. Juli d. J. neun bis in die Jahre bewaffnete Selbstschußleute in die Druckerei der kommunistischen „Roten Fahne“ in Gleiwitz eindrangen, zwei Seher mit Gummiknüppeln so lange bearbeiten, bis sie bewußlos zusammensanken, die Seherinnen entleerten, die Maschinen demontierten, die fertigen Maschinen zerstörten und insgesamt durch diese Schändtaten einen materiellen Schaden von über 100 000 Mark anrichteten?“

Kennt die Reichsregierung das Treiben der verschiedenen Kommissionen der Selbstschußverbände, wie insbesondere der Jopfabhandlungskommission? Ist ihr bekannt, daß von diesen Selbstschußbanditen in Gleiwitz am hellen Tage Mädchen und Frauen, die man irgendwelchen Verleumdungen Angehörigen der interalliierten Truppen beschuldigt, auf der Straße oder in ihren Wohnungen brutal, die Haare vollständig abgeschnitten, mit schwarzer Farbe Wagennummern oder Text angestrichen und dann fast vollkommen nackt mit Weissen und Gummiknüppeln durch die Straßen der Stadt getrieben wurden?“

Ist der Reichsregierung bekannt, daß diese mittelalterlichen Methoden fast eine Tageserscheinung in Oberschlesien geworden sind?“

Ist die Reichsregierung davon unterrichtet, daß die amtlichen Behörden in Oberschlesien erklären, daß gegen dieses Treiben des Selbstschusses in Oberschlesien nichts unternommen werden kann?“

Was gebietet die Reichsregierung gegen dieses nationalitätliche Verbrechen in Oberschlesien zu tun?“

## Das hat noch gefehlt!

Wie die Sozialdemokraten die Reaktion niederkämpfen

Vor den Schülern auf Rathenau erklären die Sozialdemokraten alles Treiben der Monarchisten als harmlos und sie konnten nicht genug des Dohnes aufbringen gegen die, die es für nötig erachteten, die erhöhte Wachsamkeit und Bereitschaft der Arbeiterschaft aufzurufen.

Die Schulle auf Rathenau zertrüben die Rebel und die zu bestimmten politischen Zwecken, nämlich und absichtlich, in Formlosigkeit hineingeredet. Dieser der Republik ergreifend unermessliches Entsetzen. Aus den harmlos tuerden Wiederkehrern wurden die typischen wilden Monarchisten, die in flammender Entrüstung aufbegehren, das Messer weichen und den Gehörgen zueilen, um — nach der ersten Nachtrage, mit hängenden Ohren bei den furchtbaren Schlägen Bedrohungen wegen der empfindbaren Unvollkommenheiten unterständig um Nachhilfe zu bitten: Seiten sie unbedorft, verzehrte Wundbanden (mit Respekt zu sagen), sie haben nichts von uns zu befragen, wir sind voller Menschenliebe und tragen nichts Arges im Sinn. Nur die verführerischen Kommunisten, diese gewerkschaftlichen, von Moskau bezahlten Söldner von Ruhe und Ordnung, die müssen selbstverständlich ausgerottet werden, und Koste und Mühsal und Seeweg haben ganz recht gehandelt.

Wäßriger Spott? — Nein, selber blutiger Ernst! Wie folgendes beweisen soll:

Der Bezirksvorstand der SPD, des Bezirks Niederrhein veröffentlicht jetzt einen Aufruf, worin die Arbeiter vor dem Wort an Rathenau betäubt wird usw. Denn heißt es:

„Die Regierung der Republik hat sofort auf dem Wege der Verordnung die stärksten Maßnahmen gegen die Widercentralen und die Schändung der Republik ergreifen, indem sie die Verbrecher an dem Republik und ihrer Führer mit Lebenslange und lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. (1) Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zum Schutz der Republik vorgelegt. (1) Über:

„Als Vertreter des Sozialismus und damit der Menschenrechte, der Menschlichkeit und des Menschlichen und bleiben wir Gegner jeglicher Gewalttat im politischen Kampfe. Deshalb rufen wir die unterzeichnete Verteilung des Niederdrucks von den Zeitungen in der sozialdemokratischen Danksagung „Lohnstimm“ vom Montag, dem 26. Juni 1922, bezieht „Kampfpunkt die nationalsozialistische Widerbande nieder!“ und im letzten Teil des Solinger „Lohnstimm“ vom Dienstag, dem 4. Juli 1922, bezieht: „Herunter mit den monarchistischen Straßenschildern“ ganz entschieden ab. Sofort nach Erscheinen der fraglichen Artikel sind Schritte unternommen worden, um durch die zuständigen Parteigliederungen die fraglichen Redakteure zur Verantwortung zu ziehen.“

Das sind die vernünftig denkenden einsichtigen Elemente, auf die die Sinnespartei und alle anderen Bürger ihre Hoffnung setzen, daß keine „Überleitern und unterdrückten Schritte“ unternommen werden.

Die monarchistische Reaktion legt zu neuem Sturm an, und blüht schon die Parteien, und im letzten Augenblick ziehen die Hüter der Republik ihre Redakteure „zur Verantwortung“, weil sie in etwas starken Worten den Schutz der Republik gefordert haben.

Die SPD-Arbeiter haben wirklich ausgeschlagte Führerexemplare. Mit ihrer Leistung können jedoch nicht alle einverstanden zu sein. So läßt das Dülfelder „Lohnstimm“ allerdings, weil es damit nicht einverstanden, den letzten Teil des Aufrufes: „Deshalb rufen wir die unterzeichnete“ — allerdings fast, ohne den Mut zu haben, ihre Kritik fipp und klar zum Ausdruck zu bringen.

Die Reaktion wird ihre Freude daran haben und frohgemut und ohne Sorgen weiter mehr.



## Berchwörer-Methoden

Am „Vorwärts“ vom 13. Juli wird aus dem Sozialistischen Parlamentsdienst ein Schriftstück abgedruckt, das einen guten Einblick in die Berchwörer-Methoden der deutschen Monarchisten und in ihre Verbindungen mit der russischen Monarchie bietet.

Ein Hauptmann Rich in aus Berlin, Reichsregener Straße 98, schickt durch Boten einen geheimen Brief an einen Feldwebel-Leutnant Franzen bei der Staatsanwaltschaft Bonn und an einen Herrn Straß, Goethestraße 13, beides, dessen Vernehmung nach Kenntnisnahme er fordert. Aus dem Briefe hebt sich folgende Stellen hervor:

„Wenn auch natürlich eine Zeitangabe über politische Dinge nicht immer unmöglich sein wird, so glaube ich doch, daß es an der Zeit ist, sich für kommende politische Umwälzungen bereit zu halten.“

Der Brief ist vom 22. August 1921 datiert, und am 26. wurde Esberger erschossen. Zu welchen Kreisen der Wöfender gehört, zeigen die folgenden Stellen:

„Im allgemeinen halte ich mich an die Kreise des Grafen Reuillon, meine Beziehungen sollen nicht den Konfuzianern mit der Orgel und ähnlichen Verbindungen sein, sondern diese Arbeit unterstützen. Wenn ich mehrerlei zu tun werden von Mannschaften anrufe, so glaube ich, daß ich ... der Sache diene. ... Das Werden der Orgel und ähnlicher Verbände dient ja dazu, die nationale Weisheit für irgend welche nationalen Kämpfe bereitzustellen. ... Da hätte vorläufig einen Kampf Deutschlands gegen einen äußeren Feind ... nicht für durchführbar. ... Ich glaube vielmehr, daß ein solcher Kampf erst möglich ist, wenn in Russland wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Das heißt, wenn dort ... die monarchistischen Kreise — diese sind absolut deutschfreundlich — zur Herrschaft gelangt sind. Mit wiewen monarchistisch gestimmten russischen Kreisen stehe ich in enger Verbindung. ... Diese beiden Verbindungen verfolgen meine politischen Freunde. ... Ich habe mich mit einem der russischen Führer, dem Flotten Kommando in der englischen Verbindung, geteilt. ... Unsere Hoffnung ist nun, daß wir gemeinsam mit russischer Hilfe diese Kreise in Russland zur Herrschaft bringen werden. ... Das ist der Grund, warum ich für meine Person eine Sonderwerbung dornehme und von den Geworbenen verlange, daß sie sich in einem Kampfe im Nordosten Deutschlands beteiligen. Sollten anderweitige politische Verhältnisse es nötig erscheinen lassen, so ist es selbstverständlich, daß ich von diesem Spezialweg absehe und mich dem allgemeinen Interesse unterordnen werde.“

Diese Stelle zeigt also, daß irgendein Orgel-Berchwörer — und es gibt deren viele — im Verein mit den russischen Weisheitlichen Verbindungen vorzunehm, um in Russland oder auch in Deutschland einen Staatsstreich zu unternehmen. Der Rest des Briefes gibt Anweisungen zur konspirativen Tätigkeit bei der Werbung, wobei der Herr betont, daß man nach außen den Ansehen wahren soll, als ob man für die Republik oder gar für die Revolution arbeite.

Dem Herrn Kommissar für öffentliche Ordnung dürfte die Adresse des Reichsweissens nicht mehr unbekannt sein. Auch Herr Weiß von der Weisung, die der jetzt ergründet die Rathenau-Wahl angeht, daß sie wahrscheinlich mit Hilfe seiner eigenen Kommissare und in einem gleichgültigen Schloß nach Ungarn fahren konnten, wird bestimmt sofort ein-

gefallen, durchgreifen, einfristen, fangen, die Republik schützen — und sich dem Herrn Reich zur Verfügung stellen, sowie er infolge „anderweitiger politischer Verhältnisse“ sich „dem allgemeinen Interesse“ unterordnet und die deutsche Republik mit Kaiser Wilhelm und Kaiserl. Formid zusammen jenen herrlichen Zeiten entgegenführt, auf deren Erreichung die Weisung la erfolgreich hinbedrückt.

## Eisenbahner gegen Technische Notfälle

Eisenbahner und Beamte Inhabers wachen sich gemeinsam gegen jene liberal gebildeten Streikführer, die bei einem Eisenbahnerstreik einen militärisch geordneten Notbetrieb aufrecht erhalten wollen. Sie nahmen in einer Entschließung energisch Stellung gegen jene Instanzen der „Republik“, die unter Eisenbahnergeneral Gröner gegen Arbeiter und Beamte monarchistisch gerichtete Kampforganisationen schaffen.

## Statistisches über die Verelendung

Seite 2, den 15. Juli 1922

Das statistische Vierteljahrbericht zeigt, wie man es ja bereits gemahnt hat, das übliche trübe Bild auf sozialem Gebiete. Die Einwohnerzahl ist im März von 196 661 im vorangehenden Monat auf 194 793 herabgesunken. Die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge zeigt von unzulänglicher sozialer Fürsorge; es wurden im ersten Quartal d. J. 1258 Kinder geboren, davon starben 84, das sind rund 7 vom Hundert. Während in der Industrie und dem Handel mit Januar bis März 1922 über 15 Jahre alte Arbeitskräfte starben, weil die Sterblichkeit der dem langamen Hungertode preisgegebenen Erwerbsfähigen, die infolge schwerer Schäden oder vorgeordneten Alters seinem Berufe mehr nachgeben können, ganz traurige Zahlen auf. Es starben in demselben Zeitabschnitt 413 beruflose Personen deutscher Gelechts. Die Sterblichkeitskategorien der Berufslosen wie der industriellen Arbeiter liefern einen grauenhaften Einblick in das Wahelende. Ein solches Vierteljahr kann den beherrschenden in liberalführenden Gesellschaftsklassen nicht vorgehalten werden. Arbeit und hungert, und wenn du nicht mehr arbeiten kannst, so stirb; denn wenn wir dich nicht mehr auspressen können, haben wir kein Interesse mehr an deiner Existenz — das ist und bleibt die Parole der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Geradezu haarsträubende Zustände herrschen auf dem Gebiete des Wohnungsnotstands. So wurden im ersten Quartal d. J. 11 365 selbständige Wohnungen angefordert, wovon 84 793 ein Angebot von 671 Wohnungen gegenüber stand, von denen 570 den Wohnungsuchenden vermittelt wurden, so daß Ende März 10 784 unerledigte Nachfragen Wohnungsbedürftiger vorhanden waren. Das sind Verhältnisse, die geradezu einer Katastrophe entgegenzutreiben müssen, wenn nicht schnellstens gründliche Abhilfe geschaffen wird. Das Volk will nicht länger zusammengepreßt sein in krankheitsverbreitenden Wohnungen, woher die Arbeitslosigkeit selber nur fordern müssen, wenn die kapitalistische Bourgeoisie den ihm gebührenden Tribut auch weiterhin verweigert. — Recht trübe Kapitel sind auch die der Armen- und Erwerbslosenunterstützung, die Hungerunterstützung der Kranken- und Jugendfürsorge, die so recht die mammonistische Gleichgültigkeit der regierenden Klasse gegen hilflosbedürftigen Mitmenschen gegenüber offenbart — das alte Lied!

## Gewerkschaftsbewegung

Der Streit der Buchbinder und Papierverarbeiter

Seite 1, den 15. Juli 1922

Die Buchbinder-Arbeiterschaft, die unter den Vorkriegsjahren d. h. alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der papierverarbeitenden Industrie beschäftigt sind, haben sich die Arbeiterschaft der Buchbinder und über 400 Arbeiterinnen sich im Streit befinden. Am Freitag, dem 14. Juli, fand bereits eine Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß statt. Die Arbeitgeber waren vertreten durch ihren Syndikus, der strikte Anweisung hatte, jede Vereinbarung abzulehnen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses stellte fest, daß die Löhne wirklich unbillig seien, und auch aufgeschoben werden müßten, jedoch könne er den Arbeitern nicht den Vorwurf nicht erheben, daß sie nicht vor dem Streit den Schlichtungsausschuß um Vermittlung angehen hätten. Diesen Vorwurf beruhen die Arbeitgeber, um eine Wählung unter die Streitenden zu bringen, indem sie allen bei ihnen Beschäftigten folgendes Schreiben zugehen lassen:

Sie haben am 12. Juli die Arbeit unbefugt verlassen. Wie vom Schlichtungsausschuß Halle heute erklärt wurde, besteht das Lohnangebot bis zum 31. d. M.

Wir fordern Sie hiermit auf, die Arbeit bis spätestens am Montag, dem 17. d. M., zum ordnungsmäßigen Beginn wieder aufzunehmen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so haben Sie sich gemäß § 128, Absatz 3, der Gewerbeordnung als entlassen zu betrachten.

Nach weitere liegen abssam in der Zeit von 2 bis 3 Uhr nachmittags in unserem Kontor zur Abholung bereit.

(Stempel.) (Unterzeichnet.)

Kollegen und Kolleginnen! Laßt Euch nicht verführen. Man rechnet mit Eurer Unwesenheit in der Gewerbeordnung, bringt aber damit nur zum Ausdruck, daß man selbst von der neuen Zeit wirklich nichts gelernt hat.

Neuer Termin vor dem Schlichtungsausschuß ist am Mittwoch, dem 19. Juli, angelegt.

Montag, abend 7 Uhr, findet eine Versammlung im „Vollspatz“ statt. Alle Streitenden müssen erscheinen.

## Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Die Wahlen zum Verbandsvorstand finden am 21., 22. oder 23. Juli statt. Die Zahl der Mitglieder ist in einer Mitgliedererklärung am 22. Juni ihren bei Reichsverband des Verbandesbestanden des letzten Kollegen D. Müller zur Wahl für den 6. Gau wieder vorgelegt. Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen des 6. Gaus unserer Organisation auf, nur unseren Kollegen Otto Müller zu wählen und keinen anderen vom Gau aufgestellten Kandidaten die Stimme zu geben.

Die Deputation.

## Ausland

### Kommunistische Wahlerfolge in Finnland

Helsingfors, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Trotz des Terror, der auf die KPD ausübte, ist es gelungen, bei der letzten Reichstagswahl 27 Mandate für die kommunistische Partei zu erobern.

## Vom Tage

Jugendleistung — zwei Tote. Paris, 15. Juli. Ein von Montpauls kommender Zug ist gestern abend infolge Kuppelungsdrucks vor dem Nordbahnhof entgleist. Es gab zwei Tote und fünfzig Verletzte.

1500 Arbeiter drohten infolge Brandstiftungen. Genf, 15. Juli. Ein großer Brand vernichtete einen Teil einer großen Weberei in der Arbeiter. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Nahezu 1500 Arbeiter sind drohten. Zwei Nachzügler kamen in den Flammen um.

Zeitschlechte als Güterübernehmer. Der „N. A.“ meldet aus Hamburg: fünf (!) Zollbeamte wurden als Güterübernehmer verhaftet. Es sollen gemeinsam mit anderen Zollbeamten den Güterwagen einer kleinen Firma verhaftet haben.

















